nd-ticker

Aspekte der Nachrichtendienstlichen Lage

Soziale Unruhen: die Protestwelle ist im Anrollen

Hans-Ulrich Helfer

Viele Verantwortliche wollen es nicht wahrhaben und stecken den Kopf in den Sand. Sie erkennen nicht, dass es in einigen Grossstädten Europas ebenso in Zürich brodelt und sich die Jugend auf Proteste sowie grössere Krawalle seit Monaten vorbereitet, inklusive internationale Koordination bis ins terroristische Umfeld hinein. Politiker und Behörden aller Art sind überfordert und schon gar nicht vorbereitet. Die „Sozialen Unruhen“ stehen vor der Türe.

Soziale Position Jugendlicher

Viele Jugendliche Europas haben keine Angst vor Arbeitslosigkeit, denn sie sind arbeitslos. Diese jungen Arbeitslosen Europas haben keine Angst vor sozialem Abstieg, denn sie sind auf der untersten Sprosse der Erfolgsleiter und können kaum tiefer fallen. Trotzdem sind die meisten dieser Jugendlichen Optimisten und scheuen sich nicht, mit wenig in einfachen Verhältnissen auszukommen. Was sie haben und ihnen bleibt ist die Hoffnung auf Gerechtigkeit und eine Chance auf den Aufstieg in ein angenehmeres Leben. Die sogenannte Wirtschaftskrise der letzten Jahre hat ihnen jedoch gezeigt, dass man sie vergessen hat. Die Medien mit ihrer Berichterstattung über die Boni der Banken-Manager haben ihnen die Augen geöffnet. Was zuletzt bleibt ist die Hoffnung, wenn sie verblasst, dann gärt Selbstzerstörung. Viele der alleingelassen Jugendlichen sind jetzt und in naher Zukunft dazu bereit. Ihre Rache und Wut richtet sich gegen alles was nicht ihren Sorgen und ihrem Umfeld entspricht.

Jugendliche wüten in Frankreich

Im letzten Jahr wüteten in Frankreich an verschiedenen bewilligten und unbewilligten Demonstrationen über drei Millionen Jugendliche / Menschen. Die Sachschäden gehen in die Millionen. In Paris sind ganze Quartiere, beispielsweise um den Bahnhof l‘Est, gegenwärtig für die Normalbürger am Abend nicht mehr begehbar. Die Crème de la Crème Frankreichs kann nur noch mit umfassenden Schutz wohnen und der Mittelstand bunkert sich „getarnt“ ein. Ein wichtiger Anteil der Aufrührer ist politisch motiviert, jedoch nicht der Grossteil der sozial Unzufriedenen. Sie bereiten sich darauf vor, sich zu nehmen was ihnen scheinbar gehört und sie stellen an den Staat den Anspruch, dass sie auch Mitglied sind und ein Recht auf Hoffnung haben und Menschenrechte.

Jugend zerstört alten Staat

Das alte Griechenland wird in den kommenden Monaten im sozialen Chaos untergehen, Europa kann sich glücklich schätzen wenn es nicht mitgerissen wird. Das besondere im „alten Staat“ ist, dass der apolitische Bürger heute bereit ist, mit terroristischen Organisationen gegen das alte Klientel-System anzugehen.

Weitere Zeitbomben

Jetzt im Anrollen sind die Zeitbomben Irland, Grossbritannien, Italien, einige Oststaaten und ganz besonders an der Spitze Deutschlands die Metropole Berlin. Bereits jetzt finden in der Bundeshauptstadt pro Tag mehrere Demonstrationen statt. Manche sind harmlos und eigenbrötlerisch, andere wiederum verursachen hohen Sachschaden und Leid. In enger Koordination mit der Berliner-Szene stehen die Zürcher Chaoten.

Chaoten wüten in Zürich

Am ersten Samstagabend im Februar 2010 versammelten sich - wie die Polizei sagt - spontan rund 500 Jugendliche, darunter etwa 100 Personen der linksautonomen Szene. Diese Chaoten seien sodann weitergezogen und hätten auf der Strecke, Verkaufsgeschäfte, Bürogebäuden, Restaurants sowie Privat- und Polizeifahrzeuge verwüstet. An den darauffolgenden Tagen bezifferten Politiker und Versicherungen den Schaden auf über eine Million Franken. Weder die Polizei noch die entsprechenden Nachrichtendienst sahen die Krawalle voraus, noch viel weniger haben sie eine Ahnung oder Vorstellung der Gründe.

Rekrutierungsfeld Terrorismus

Die Geschichte zeigt, Unruheherde sind seit jeher auch ein Rekrutierungsfeld für terroristische Splittergruppen (bsp. Christian Klar) oder Terroristische Kriminelle Organisationen (TKO) (bsp. spanische ETA oder irische IRA). Dies ist auch heute nicht anders.

Wer zu spät kommt...

Die Anfänge der „Sozialen Unruhen“ Europas werden von der Politik kaum beachtet. Deren Bekämpfung an den Wurzeln ist gegenwärtig scheinbar zu teuer und zu kompliziert, sie würden nur den schon mageren Gewinn der Kapitalgesellschaft und des Finanzstaates schmälern. Das politisch Verantwortliche wegschauen wissen wir, das ist nichts Neues. Zumindest sollten jedoch die Nachrichtendienste, Polizeibehörden und Spezialeinheiten des Militärs ein Verständnis für künftige Bedrohungen haben und auch das Unmögliche denken. Damit sie nicht mehr so wie in Paris, Athen und anfangs Februar in Zürich überrascht und bloss gestellt werden. ◆

Neuer Schweizer E-Pass 10 eingeführt

Am 1. März 2010 trat die revidierte Ausweisgesetzgebung in Kraft, welche den biometrischen Pass, auch Pass 10 oder E-Pass genannt, einführt. Die Ausstellung der heutigen Pässe 03 und 06 wird eingestellt. Diese behalten jedoch ihre Gültigkeit bis zum Ablaufdatum. Ein sofortiges Umsteigen auf das neuste Passmodell ist deshalb nicht notwendig.

An einem Medienanlass haben am Dienstag Vertreter von Bund und Kanton Zürich im neuen Passzentrum des Kantons Zürich die Geräte und Abläufe zur Erfassung von Gesichtsbild und Fingerabdrücken für den Pass 10 vorgestellt.

Bestellmöglichkeit und Preis

Um zu einem Pass 10 zu gelangen, stehen künftig je nach Wohnort verschiedene Wege offen:

Ab dem 24. Februar 2010 kann der Antrag über das Internet auf www.schweizerpass.ch eingereicht werden. Dort werden in wenigen Minuten alle nötigen Angaben erfasst, und es kann ein Termin für die persönliche Vorsprache in einem der Passzentren vereinbart werden.

Statt im Internet kann der Antrag ab 24. Februar 2010 aber auch beim zuständigen Passzentrum telefonisch eingereicht werden oder ab 1. März 2010 direkt bei der persönlichen Vorsprache im zuständigen Passzentrum.

Wo sich die kantonalen Passzentren befinden und welche dieser drei Möglichkeiten sie anbieten, erfährt man ebenfalls über www.schweizerpass.ch.

Der Pass 10 kostet 140 Franken für Erwachsene und 60 Franken für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Im Kombiangebot kosten Pass und Identitätskarte zusammen für Erwachsene noch 148 Franken und für Kinder 68 Franken (exklusive Portokosten).

Anträge für die Pässe 03 und 06 werden keine mehr entgegengenommen. Die persönliche Vorsprache für die Erfassung biometrischer Daten für den Pass 10 ist ab dem 1. März 2010 in 39 Passzentren in der ganzen Schweiz möglich. Die Lieferfrist für einen Pass 10 beträgt ab dem Zeitpunkt, in dem die biometrischen Daten erfasst sind und der Antrag bewilligt ist, im Inland maximal 10 Arbeitstage, im Ausland 30 Arbeitstage.

Sowohl der Notpass wie auch die Identitätskarte werden weiterhin ohne Chip ausgestellt. Je nach Wohnkanton kann die Identitätskarte noch für längstens zwei Jahre auf der Gemeinde beantragt werden. Danach wird der Ausstellungsprozess schweizweit an denjenigen des neuen Passes angeglichen.

Reise durch die USA

Der neue Pass 10 erfüllt alle internationalen Anforderungen und berechtigt, wie schon der E-Pass 06, zur visumsfreien Reise in und durch die USA. Der Pass 03, der seit Januar 2003 ausgestellt wird, berechtigt ebenfalls zur visumsfreien Reise in und durch die USA, sofern er vor dem 26. Oktober 2006 ausgestellt wurde.

Informationen: www.schweizerpass.ch

Personenfreizügigkeit – Massnahmenpaket gegen Missbräuche

Die Zuwanderung geht in der Wirtschaftskrise zurück, die Zahl der erteilten Jahresaufenthaltsbewilligungen hat 2009 gegenüber 2008 um 32,1 Prozent abgenommen. Die Ventilklausel wird voraussichtlich nicht angewendet. Trotzdem schnürt der Bundesrat präventiv ein Massnahmenpaket zur Bekämpfung möglicher Missbräuche und Fehlentwicklungen bei der Personenfreizügigkeit. Der Bundesrat stellt damit sicher, gegen allfällige künftige Missbrauchsfälle konsequent vorgehen zu können.

Massnahmen

Massnahmen gegen unberechtigte und missbräuchliche Sozialleistungsbezüge: Missbrauchsbekämpfung von Ansprüchen an die Arbeitslosenversicherung; Keine Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung; Automatischer Informationsfluss betreffend aufenthaltsrechtliche Folgen.

Massnahmen gegen unberechtigte und missbräuchliche Aufenthalte: Kein Familiennachzug ohne angemessene Wohnung; Bekämpfung der Scheinehen.

Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping: Verstärkte Kontrollen; Bekämpfung der Scheinselbständigkeit.

Scheinselbständigkeit

Scheinselbständigkeit wird von Unternehmen häufig vorgetäuscht, um für Arbeitnehmende zwingend geltende Mindeststandards bezüglich Lohn- und Arbeitsbedingungen zu umgehen. Für Selbständigerwerbende gelten diese Mindeststandards nicht. Durch gezielte Kontrollen im Einzelfall wird der Scheinselbständigkeit entgegengewirkt.

Scheinehen

Die zuständigen Behörden werden im Hinblick auf Scheinehen bei Personen aus EU/EFTA-Staaten sensibilisiert. Als rechtswidrig erkannte Scheinehen lassen kein Aufenthaltsrecht in der Schweiz entstehen.

Infostar

Das Elektronische Zivilstandsregister Infostar wird in Zukunft vollständig durch den Bund betrieben. Der Bundesrat hat einem Anliegen der Kantone entsprochen und das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) beauftragt, die neue Organisations- und Betriebsstruktur umzusetzen.

Seit 2004 betreibt der Bund unter Mitwirkung der Kantone das System Infostar, das als zentrale elektronische Datenbank die herkömmlichen papiernen Zivilstandsregister abgelöst hat. Der Betrieb der Datenbank wird heute durch die Kantone finanziert; der Bund ist abrechnungspflichtig. Im vergangenen Jahr hat sich die Regierungskonferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst dafür ausgesprochen, den Betrieb und die Weiterentwicklung von Infostar vollständig an den Bund zu übertragen.

Kasachstan, ein Partner für Sicherheit

Hans-Ulrich Helfer

Kasachstan hat anfangs 2010 als erstes Land Zentralasiens und erster Staat der ehemaligen Sowjetunion den Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) übernommen. Was sind deren Ziele und welche Bedeutung hat das für Europa und besonders die Schweiz?

Mehr als nur ein Papiertiger

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat 56 Teilnehmerstaaten, welche über drei Kontinente (Nordamerika, Europa und Asien) verteilt liegen und somit für mehr als eine Milliarde Menschen Bedeutung hat. Die Wurzeln der Organisation liegen in den frühen 1970er Jahren. Entscheidend waren die Schlussakte von Helsinki und die Gründung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges als wichtiges multilaterales Forum für einen Dialog und Verhandlungen zwischen Ost und West diente. 1994 wurde die KSZE, inzwischen mehr als eine Konferenz, zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa umbenannt.

Die OSZE hat einen umfassenden Sicherheitsbegriff und ist in drei Bereichen aktiv: in der politisch-militärischen Dimension, der Wirtschafts- und Umweltdimension und der menschlichen Dimension.

Das Budget im 2009 war 158,7 Millionen Euro. dem Mitarbeiterstab gehören rund 3‘000 Personen an, mehrheitlich (rund 2480 Mitarbeiter) in den 18 Missionen bzw. Feldoperationen. Das Sekretariat und die Fachinstitutionen beschäftigen insgesamt rund 540 Mitarbeiter.

Nicht nur ein Steppenwolf

Die im Vorsitz der OSZE verantwortlichen Kasachen haben klare Vorstellungen und Ziele. Der Vorsitzende Aussenminister Kanat Saudabajew formuliert diese folgendermassen:

Die europäischen Sicherheitsfragen, die Lösung von Langzeitkonflikten und die Stabilisierung von Afghanistan sollen Schwerpunkt der Bemühungen sein. Dem Aussenminister ist der Kampf gegen die neuen Bedrohungen, insbesondere gegen den internationalen Terrorismus, religiösen Extremismus und die verschiedenen Formen des illegalen Handels und der organisierten Kriminalität äusserst wichtig. Der Vorsitzende will den Dialog über alle Aspekte der gesamteuropäischen Sicherheit fortführen.

Viele Teilnehmerstaaten möchten auf das Potenzial der OSZE zurückgreifen, um die Energiesicherheit in Europa sicherzustellen. Da die OSZE-Teilnehmerstaaten sich aber über die Rolle der Organisation für die Gewährleistung von Energiesicherheit nicht einig sind, will Kasachstan als wichtiger Energieproduzent und -exporteur seine Erfahrungen in die OSZE einbringen. Als Binnenland ist Kasachstan daran interessiert, Rohstoffe in möglichst viele Auslandsmärkte zu exportieren, darunter auch in die Schweiz.

Freundschaft mit Kasachstan

Kasachstan ist zu einem der grössten Aussenhandelspartner der Schweiz geworden. Die diplomatischen Beziehungen wurden bereits im Juni 1992 unmittelbar nach dem Zerfall der Sowjetunion eingerichtet und stetig auf das Ziel der erweiterten Zusammenarbeit vergrössert. Die Hauptexportartikel Kasachstans in die Schweiz sind Erdöl und Erdölprodukte sowie Kupfer, Aluminium, Zink, und andere ähnliche Güter. Über fünfzig Schweizer Firmen sind in Kasachstan vertreten, hauptsächlich aus der Maschinen-, Verpackungs-, Nahrungsmittelindustrie, der Chemischen Industrie, dem Transportgewerbe und verschiedene Beratungsfirmen.

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, hat am Donnerstag, 4. März 2010, in Bern anlässlich des Arbeitsbesuchs des kasachischen Aussenministers Kanat Saudabajev ein Rückübernahme- und ein Visa-Abkommen zwischen der Schweiz und Kasachstan unterzeichnet. Zudem wurde eine Einigung im Bereich der Steuern erzielt. (Foto: EDA, Bern)

Ein Partner für Sicherheit

Der kasachische Vorsitz in der OSZE hat trotz einiger kritischen Stimmen für die Organisation, die westlichen europäischen Länder und die Schweiz im Besonderen wichtige Bedeutung. Kasachstan als Vielvölkerstaat und religiös geteilt in Christen und Muslime verfügt über hohe Kompetenz im Dialog, auch wenn der junge Staat hinsichtlich Menschenrechte im eigenen Land manchmal angeprangert wird. Immerhin hat der umstrittene und allmächtige Präsident Nursultan Nasarbajew es bis heute fertig gebracht, das Land wirtschaftlich zu entwickeln und für Frieden und Sicherheit zu sorgen. Die Verantwortlichen Kasachstans werden im Jahre 2010 als Vorsitzende der OSZE viele Anstrengungen unternehmen, um den Erwartungen Europas gerecht zu werden. In der verantwortlichen Regierung Kasachstans hat die Schweiz einen zuverlässigen Partner gefunden, der für die Schweiz und ihre Bürger in sicherheits- und energiepolitischen Überlegungen eine wichtige Rolle spielt. (Quellen: OSZE; EDA Bern; u.a.)

www.swisswebmaster.ch

Die Gefängnisse sind wieder voll

Am 2. September 2009 waren in der Schweiz 6‘084 Personen in Einrichtungen des Freiheitsentzugs inhaftiert. Dies ist der zweithöchste Bestand seit 1999. Von den Inhaftierten befanden sich 31 Prozent in Untersuchungshaft, 59 Prozent im Straf- und Massnahmenvollzug, 7 Prozent waren im Rahmen von Zwangsmassnahmen gemäss Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und 3 Prozent aus anderen Gründen inhaftiert. Die Belegungsrate betrug 91 Prozent und lag damit 5 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Besonders hoch war die Rate mit 100 Prozent in der lateinischen Schweiz, wo einige Gefängnisse sogar überbelegt waren. Die Zahl der Inhaftierten im Verhältnis zur Wohnbevölkerung ist ebenfalls gestiegen: Sie hat von 76 auf 80 Inhaftierte pro 100‘000 Personen zugenommen.

Die Erhebung zum Freiheitsentzug wurde bei den 114 Anstalten und Institutionen des Freiheitsentzugs der kantonalen Justiz- und Polizeidepartemente durchgeführt. Die Zahl der Haftplätze ging gegenüber 2008 zurück (-53 auf 6683 Plätze). Diese Abnahme geht auf das Konto der offenen und halboffenen Anstalten (-26 Plätze) und der Gefängnisse (-27 Plätze).

Belegungsrate 91 Prozent

Die Belegungsrate ist zwischen 2008 und 2009 von 86 Prozent auf 91 Prozent und damit so deutlich wie letztmals 2004 gestiegen. Wie 2004 trugen auch im Berichtsjahr die Untersuchungshaft (+6%) und der Straf- und Massnahmenvollzug (+5%) am meisten zur Zunahme bei. Die Zahl der Inhaftierten in Untersuchungshaft erreichte 2009 mit 1888 Personen am Stichtag sogar den höchsten Stand seit dem Jahr 2000. Da der Insassenbestand ausschliesslich in den beiden genannten Kategorien zunahm, ist die Zahl der Inhaftierten in den Gefängnissen am stärksten gestiegen (+344 Inhaftierte, +12%).

Unterschiede

Ein Vergleich zwischen den drei schweizerischen Strafvollzugskonkordaten bringt bei der Untersuchungshaft grosse Unterschiede zutage. Allgemein war die Untersuchungshaft beim Strafvollzugskonkordat der lateinischen Schweiz mit 863 Häftlingen am Stichtag besonders häufig. In diesem Konkordat war auch der Ausländeranteil an der Gesamtzahl der Untersuchungshäftlinge mit 87 Prozent am grössten, gegenüber 73 Prozent beim Strafvollzugskonkordat der Ostschweiz (547 Inhaftierte) und 74 Prozent beim Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz (478 Inhaftierte).

Die gleichzeitige Zunahme der Bestände im Straf- und Massnahmenvollzug trug ebenfalls zur höheren Belegungsrate in den drei Strafvollzugskonkordaten bei. Ins Auge sticht diesbezüglich das Konkordat der lateinischen Schweiz, dessen Belegungsrate 2009 die 100-Prozent-Marke erreichte, während die beiden anderen Konkordate unter 90 Prozent blieben.

Auch ein Vergleich der Insassenbestände mit der Bevölkerungszahl der einzelnen Konkordate bestätigt die besondere Situation im Konkordat der lateinischen Schweiz. In diesem Konkordat kommen 92 Inhaftierte auf 100‘000 Personen der Wohnbevölkerung, was dem höchsten Wert seit 1999 entspricht. Beim Konkordat der Nordwest- und Innerschweiz sind es 65, beim Ostschweizer Konkordat 86.

Entwicklung der Haftplätze

Die Zahl der Haftplätze in den Einrichtungen des Freiheitsentzugs war 2007 mit 6663 praktisch gleich hoch wie 1893 (6668). Langfristig ist die Zahl der Haftplätze pro 100‘000 Personen der Wohnbevölkerung stetig gesunken: von 223 im Jahr 1890 auf 88 im Jahr 2007.

Die Zahl der Personen im Freiheitsentzug ist nur für die Jahre 1890 bis 1941 und 1999 bis 2009 statistisch dokumentiert. Am Ende des ersten Beobachtungszeitraumes kam, gegenüber dem Anfang des zweiten Zeitraumes, der Freiheitsentzug deutlich weniger zur Anwendung. Dies betrifft sowohl die Zahl der nicht verurteilten Insassen als auch diejenige der verurteilten Häftlinge im Straf- und Massnahmenvollzug. Während die Gesamtzahl der Insassen bis 1941 zwischen 110 und 160 pro 100‘000 Personen schwankte, liegt sie heute bei rund 80 Inhaftierten. Die Schweiz weist damit im westeuropäischen Vergleich eine tiefe Inhaftiertenrate auf. (Text: BfS; Bilder Strafanstalt Pöschwies).

www.PRO-Kampfflugzeuge.ch
Unsere Argumente PRO-Kampfflugzeuge sind nicht aus der Luft gegriffen.
Verein Informationsgruppe PRO-Kampfflugzeuge, c/o Presdok AG, Mimosenstrasse 5, 8057 Zürich
Spendenkonto: Postcheck 85-773750-1

Rüstungsprogramm 2010

Der Bundesrat hat das Rüstungsprogramm 2010 (RP 10) im Betrage von 529 Millionen Franken für drei Vorhaben verabschiedet. Ziel ist, den Anstieg der Betriebskosten durch gezielte Investitionen in kostenwirksamere Nachfolgesysteme zu bremsen.

Das RP 10 sieht vor, die mit dem RP 05 beschafften Leichten Transport- und Schulungshelikopter mit einem Logistikpaket auszurüsten. Die Fahrzeugflotte der Armee wird durch gut 2500 neue Fahrzeuge und Systeme verjüngt, wobei dank der konsequenten Ausrichtung auf zivile Standards die Beschaffungskosten reduziert und die Instandhaltungskosten gesenkt werden. Mit zwei weiteren Jetpiloten-Ausbildungssystemen PC-21 sollen die mit dem RP 06 beschafften sechs PC-21 Flugzeuge ergänzt werden. Damit wird dem mittelfristigen Nachwuchsbedarf von sechs bis acht Jetpiloten pro Jahr Rechnung getragen. Die Beschäftigungswirksamkeit in der Schweiz (Inlandproduktion und indirekte Beteiligung) beläuft sich gesamthaft auf rund 200 Millionen Franken.

Logistikausstattung

Mit dem RP 05 hat das Parlament unter anderem der Beschaffung von 20 Leichten Transport- und Schulungshelikoptern (LTSH) zugestimmt. Gleichzeitig erteilte es den Auftrag, im Rahmen des Beschaffungsumfangs von 310 Millionen Franken für den LTSH auch einen Simulator für den Helikopter TH 89 Super Puma zu beschaffen. Im Bereich Logistik reichte der vorhandene Kredit nicht aus, um die geforderte materielle Verfügbarkeit der LTSH-Flotte zu gewährleisten. Für die Logistikausstattung des Leichten Transport- und Schulungshelikopters bedarf es daher eines Zusatzkredits von 24 Millionen Franken, um den ursprünglich geplanten Beschaffungsumfang zu erreichen. Das Logistikpaket umfasst unter anderem Ersatzteile, Werkzeuge für den Unterhalt sowie Prüf- und Testsysteme.

Neue Fahrzeuggeneration

Das Gros der Fahrzeugflotte der Armee weist ein sehr hohes Betriebsalter auf und muss ersetzt werden. Durch eine konsequente Ausrichtung auf zivile Standards können die Beschaffungskosten reduziert und durch die gleichzeitige Flottenverjüngung die Instandhaltungskosten gesenkt werden. Mit dem teilweisen Verzicht auf den Militärstandard wird eine zum Teil geringere Geländegängigkeit in Kauf genommen, und die Nutzungsdauer der schweren Fahrzeuge verringert sich auf rund 15 Jahre. Dies entspricht etwa der Zeitspanne, in welcher ein ziviles Fahrzeug mit einem vertretbaren Aufwand bezüglich Instandhaltung und Ersatzteilversorgung in Betrieb gehalten werden kann. Mit der kürzeren Nutzungszeit verbunden sind ein beschleunigter Erneuerungsprozess und eine kontinuierliche Anpassung der Fahrzeugflotte an die neuesten technologischen Entwicklungen (beispielsweise an die Abgasnorm EURO V). Es entfallen somit auch altersbedingte Instandhaltungskosten. Die mit dem RP 10 beantragte neue Fahrzeuggeneration umfasst insgesamt 2526 Fahrzeuge und Systeme wie Lastwagen, Anhänger, Liefer- und Personenwagen sowie Radlader und Gabelstapler.

Jetpiloten-Ausbildungssystem

Mit dem RP 06 wurden für die Ausbildung von vier bis sechs Jetpiloten-Anwärtern bereits sechs Jetpiloten-Ausbildungssysteme PC-21 beschafft. Die Erfahrungen nach der Ausbildung der ersten Jetpilotenklasse mit vier Jetpiloten-Anwärtern und sechs PC-21 Flugzeugen

zeigen indessen, dass eine Ausbildung von sechs Jetpiloten-Anwärtern bei gleichbleibender Anzahl PC-21 Flugzeugen nur mit Einschränkungen möglich ist. Als Folge davon müssten die Ausbildungsbereiche wie Nachtflug und Luftkampf auf den wesentlich kostenintensiveren F/A-18 verlagert werden. Dazu kommt, dass die Abgänge von Piloten der Luftwaffe in den letzten Jahren zugenommen haben. Deshalb besteht künftig ein Nachwuchsbedarf von sechs bis acht Jetpiloten pro Jahr. Es werden zwei zusätzliche PC-21 zur Sicherstellung des Bestandes an F/A-18 Piloten benötigt.

Transporter für die Schweiz?

Die A400M ist ein komplett neuer Militärtransporter, um den Bedürfnissen der bewaffneten Streitkräfte im 21. Jahrhundert gerecht zu werden. Dank der modernsten Technologien ist der A400 in der Lage, höher, schneller und weiter zu fliegen, bei gleichzeitig hoher Manövrierfähigkeit und geringer Geschwindigkeit.

Mit seinem überdimensionalen Laderaum und der speziell Ausrüstung ist das Flugzeug sowohl für militärische und humanitäre Missionen geeignet. Die A400M ist ein kostengünstiges und vielseitiges Transportflugzeug.

Der Kauf von Transportflugzeugen ist aufgrund politischer Quereleien unter Bundesrat Samuel Schmid gescheitert. Sollte die Linie „Sicherheit durch Kooperation“ weiter verfolgt werden, so wäre der Kauf von Transportlfugzeugen sinnvoll. Ganz besonder gilt dies auch für den Einsatz von humanitäre Aktionen des Roten Kreuzes, welches heute jeweils für hohe Kosten Flugzeuge mietet.

Ernsteinsatz Schweizer-Armee

Die Armee wird mit höchstens 6500 Angehörigen im Assistenzdienst die zivilen Behörden bei den Sicherheitsmassnahmen anlässlich des 13. Frankophoniegipfels im kommenden Oktober in Montreux unterstützen. Mit der Botschaft beantragt der Bundesrat den eidgenössischen Räten, den Einsatz von Angehörigen der Armee im Assistenzdienst zur Unterstützung der zivilen Behörden, namentlich der Kantone Waadt und Genf, anlässlich des 13. Frankophoniegipfels vom 20. bis zum 24. Oktober 2010 in Montreux zu genehmigen. Gemäss Militärgesetz muss die Bundesversammlung den Assistenzdiensteinsatz genehmigen, wenn mehr als 2000 Angehörige der Armee aufgeboten werden oder der Einsatz länger als drei Wochen dauert. Die Armee unterstützt die zivilen Behörden im Rahmen eines subsidiären Sicherungs- und Unterstützungseinsatzes, vor allem in den Bereichen Objekt- und Personenschutz, Wahrung der Lufthoheit und Sicherheit im Luftraum sowie Logistik. Zu dem Treffen werden gegen 3000 Personen erwartet, darunter zahlreiche Staats- und Regierungschefs aus den 70 Staaten mit Mitglieds- oder Beobachterstatus. (VBS)

Gewalt gegen Polizeibeamte

Verband Schweizerischer Polizei-Beamter (VSPB) verlangt hartes Durchgreifen bei Gewalt gegen die Polizei. Randalierende Fans nach Sportveranstaltungen, handgreifliche Automobilisten bei Kontrollen, schiess- und prügelwütige Delinquenten, die sich einer Verhaftung entziehen wollen - solche und zahlreiche andrere Übergriffe auf die Polizei mehren sich in der jüngeren Vergangenheit. Die Berichte über verletzte Polizistinnen und Polizisten nehmen ein Mass an, das für den Verband Schweizerischer Polizeibeamter VSPB nicht mehr tragbar ist. «Die Statistik zeigt alarmierende Zahlen: allein zwischen 2000 und 2008 stieg die Zahl von Gewalttaten gegen die Polizei um über 160 Prozent», verdeutlicht VSPB-Generalsekretär Max Hofmann. Noch verheerender ist die Entwicklung in der benachbarten EU Länder wie z.B. Deutschland. Der Polizeibeamtenverband will die besorgniserregenden Missstände, die auch hierzulande herrschen, nicht tatenlos hinnehmen und fordert endlich Massnahmen. In einer Petition verlangt die schweizweit aktive Organisation mit über 23‘000 Mitgliedern:

- Wiedereinführung kürzerer Haftstrafen
- Erhöhung der Mindeststrafe bei Gewalt und Drohung gegen Beamte und Behörden (Art. 285 StGB)
- Verdoppelung des Strafmasses bei Wiederholungstaten im Zusammenhang mit Art. 285 StGB, wie es in Frankreich bereits seit langem praktiziert wird.

«Die Politik muss endlich handeln, und zwar rasch!», unterstreicht Max Hofmann. Für ihn und seinen Verband ist der Schutz der Polizeimitarbeitenden eine zentrale Aufgabe, die der Staat nicht länger auf unverantwortliche Art vernachlässigen darf. Gleichzeitig appelliert er an die Strafverfolgungsbehörden, ihren Spielraum in Fällen von Gewalt gegen die Polizei voll auszunutzen. Er bemängelt, dass Gewaltakte gegen Polizistinnen und Polizisten sowie andere Repräsentanten des Staates viel zu oft bagatellisiert und die Täter mit Samthandschuhen angefasst werden. «Diese Praxis geht vollumfänglich zu Lasten des Respekts gegenüber dem Staat, seinen Behörden und deren Vertretern, was unmittelbare negative Auswirkungen auf die innere Sicherheit hat», beklagt er.

Weitbereichs-Kamerasystem

Das GVS1000 Kamerasystem von Bosch ermöglicht vollständige Erfassung, Klassifizierung, Erkennung und Identifizierung (DCRI Detection, Classification, Recognition and Identification) im Dunkeln und bietet so hohe Leistungsfähigkeit für nächtliche Überwachung. Mit einer Erkennungsschwelle von einem Kilometer und einer Klassifizierungsschwelle von 1,2 Kilometer liefert das GVS 1000 die nötigen Details wie beispielsweise Kleidung, Buchstaben oder Ziffern, um zu unterscheiden, ob ein Objekt oder eine Person potenziell gefährlich ist.

Damit stehen dem Benutzer die Informationen zur Verfügung, die für wichtige Sicherheitsentscheidungen und kritische Anwendungen nötig sind. Die GVS1000 ist vor allem für Objekte geeignet, die rund um die Uhr eine Bilderfassung aus der Entfernung erfordern, wie Hafenüberwachung, Transport- und Flughafenüberwachung oder Grenz- und Umgebungssicherheit. Mit anderen Nachtüberwachungstechnologien wie beispielsweise Wärmebildkameras sind derart detaillierte Darstellungen auf große Distanz oft nicht möglich. Weitere Informationen siehe: http://www.boschsecurity.com

Risikofaktor Mensch

Die Fachtagung vom Mittwoch, 26. Mai 2010, Mariott Hotel Zürich, stellt den Menschen als Erfolgsfaktor für ein Unternehmen nicht in Frage, im Gegenteil, legt aber den Fokus nicht auf Schönwetter Szenarien sondern thematisiert menschliches Fehlverhalten und mögliche Risiko mindernde Massnahmen. Unternehmen befassen sich seit jeher - implizit und explizit - damit, wie sie ihren Betrieb möglichst schützen und vor negativen Einwirkungen verschiedenster Art bewahren können. Anmeldungen http://www.mediasec.ch

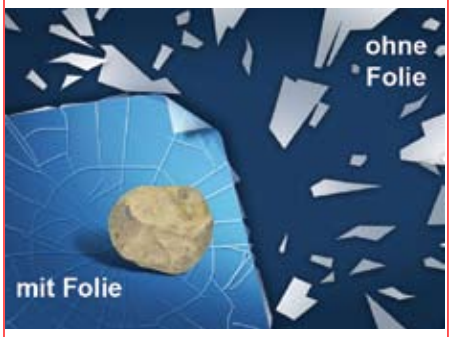
Bosch und Siemens

Bosch, ein Hersteller fortschrittlicher Sicherheitsprodukte, und Siemens, ein weltweit führender Anbieter integrierter Sicherheitslösungen, kündigten ihre strategische Partnerschaft im Bereich Videosysteme an. Im Rahmen dieser Partnerschaft wird Bosch das bereits umfassende Video-Portfolio von Siemens ergänzen. Hauptsächlich werden Kameras und Rekorder für die Märkte EMEA und Amerika geliefert. Siemens Schweiz AG, Building Technologies Division, Industriestrasse 22, 8604 Volketswil, Tel. 0585 578 700

Kratzschutz- und Splitterschutzfolien schützen vor Vandalen und Einbrechern

Kratzschutz- und Splitterschutzfolien sind mehrlagige, selbstklebende Laminate, die auf Glaspartien angebracht werden. Sie werden mit dem Glas zu einer Einheit verbunden und verleihen diesem spezielle Schutzfunktionen.

Kratzschutzfolie schützt Glas- und Plexiglasflächen an Gebäuden wirkungsvoll gegen das Zerkratzen durch Vandalen oder Einbrecher. Ist eine Glasfläche, die mit einer Kratzschutzfolie geschützt wurde, einmal verkratzt oder besprayt, kann einfach die Kratzschutzfolie ersetzt werden. Dies erspart das aufwändige und teure Ersetzen des Glases.



Splitterschutzfolie wirkt wie ein fast undurchdringbarer Schutzschild auf Fensterglas - gesprungenes Glas wird von der Folie zusammengehalten. Dadurch wird einerseits das Risiko von Verletzungen und Beschädigungen durch Glassplitter stark reduziert (passive Sicherheit). Andererseits bietet die Folie je nach gewünschter Stärke auch Schutz vor Durchwurf, Durchbruch, Einbruch oder Ausbruch (aktive Sicherheit). Deshalb eignet sich Splitterschutzfolie u. a. hervorragend zum Schutz des Eigentums vor Vandalen und Einbrechern.

Ansprechpartner für weitere Informationen ist die BST Sicherheitstechnik AG.

BST Sicherheitstechnik AG
Lagerhausweg 10 CH-3018 Bern
Tel. +41(0)31 997 10 10 Fax +41(0)31 997 55 50

http://www.bst-sicherheitstechnik.com

Wirtschaftspionage in der Schweiz

Die Bundesstatistik der Verurteilungen zeigt es deutlich: in den letzten Jahren kam es im Rahmen der Strafgesetzbuchartikel Verbotene Handlungen für einen fremden Staat (Art 271), Politischer (Art 272), Wirtschaftlicher (Art 273) und Militärischer Nachrichtendienst (Art 274), kaum zu Verurteilungen. Gibt es keine Spionage mehr? Werden die Schweizer Banken und die Industrie nicht mehr ausspioniert? Doch! Die Wirtschaftspionage gehört neben der politischen und militärischen Ausforschung zu der klassischen Arbeit der staatlichen Nachrichtendienste.

Die erwähnten Verurteilungen sagen nicht viel über die tatsächliche Spionage in der Schweiz aus, sondern zeigt nur wie schwierig die Abwehr und die Ermittlungen sind. Immerhin verfügt die Schweiz pro Jahr rund zwanzig Einreiseverbote gegen verdächtige Diplomaten und „animiert“ einige dazu, unser Land unverzüglich zu verlassen.

Alle staatlichen Nachrichtendienste betreiben Aufklärung um ihre Interessen sicherzustellen, aber nicht alle Länder betreiben Wirtschaftsspionage als „staatliche Aufgabe“ zum Nutzen der eigenen Industrie.

Chinesen und Russen

Die wichtigsten staatlichen Dienste, welche in der Schweiz Wirtschaftsspionage betrieben sind die chinesischen und russischen Behörden.

Die chinesischen Dienste verfügen über mehr als eine Million Mitarbeiter und gehen sehr aggressiv vor. Sie sind Meister in der sogenannten „Abschöpfung im persönlichen Gespräch“. Wichtige Dienste sind: der zivile Inlands- und Auslandsdienst (Ministry of State Security MSS / Guojia Anaquaanbu); der militärische Inlands- und Auslandsnachrichtendienst (Military Intelligence Department MID / Zhong Chan Er Bu) sowie dem Department für Fenmelde- und elektronische Aufklärung (Electronic Interception Department VBA / Zhong Chan San Bu).

Die russischen Nachrichtendienste sind gesetzlich verpflichtet Wirtschaftsspionage für die hauseigene Wirtschaft zu betreiben. Sie verfügen über mehrere hunderttausend Mitarbeiter. Wichtige Dienste sind: die Zivile Auslandsaufklärung (Sluba Wneschnej Raswedkij SWR), die Militärische Auslandsaufklärung (Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije GRU) sowie der Zivile und militärische Abwehrdienst und Fernmelde-/elektronische Aufklärung (Federalnaja Slushba Besopasnosti FSB).

Miniatur Spionagekamera (Bild Presdok AG)

Die Dienste beider Staaten verfügen über eine breite Palette von Arbeitsmethoden. Dazu gehört die offene Informationsgewinnung genauso wie die verdeckte Beschaffung von Informationen. Kaum erkannt wird, dass wichtige Dienste auch „aktive Massnahmen“ zur Beeinflussung und Zerstörung von Konkurrenten durchführen.

Die Abwehr von Wirtschaftsspionage mit oder ohne staatliche Hilfe ist in den letzten Jahren um einiges schwieriger geworden. Wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Abwehr ist die Sensibilisierung gegenüber den Methoden sowie zufriedene Mitarbeiter die zu ihrem Unternehmen stehen.

Competitive Intelligence

Die gezielte und systematische Aufklärung der Konkurrenz hat zur Zeit noch einen geringen Stellenwert. Dieses Bild wird sich aber in Zukunft verändern. Drei Gründe sind:

- Informationen können für Unternehmen einen enormen Wettbewerbsvorteil bedeuten, wenn es zum Beispiel um die Gewinnung neuer strategischer Kunden oder um millionenschwere Investitionen geht.
- Die zunehmende Internationalisierung und Globalisierung des Marktgeschehens bringt eine Vielzahl neuer Marktteilnehmer hervor. Es wird in Zukunft wesentlich aufwändiger sein, sich ein vollständiges und genaues Bild über die Wettbewerbslandschaft zu verschaffen. Was heute in vielen Unternehmen noch „nebenbei“ erledigt wird, muss zukünftig institutionalisiert werden, um es noch effizient bewältigen zu können.
- Gleichzeitig wird es immer wichtiger, Partner für Kooperationen oder Zusammenschlüsse zu finden, um am Markt eine ausreichende Grösse zu haben. Hierbei kommt es darauf an, die richtigen und tatsächlich passenden Unternehmen zu finden, um damit wirklich Erfolg zu haben.

Die umfassende Website http://www.ci-handbuch.de gibt Auskufnt über die künftigen Entwicklungen.

Kameras an der Grenze

Der Tessiner Staatsrat hatte am 12. Januar 2010 den Bundesrat auch gebeten, den Einsatz von Kameras durch die italienischen Behörden an der Grenze zur Schweiz auf seine Konformität mit dem Schengener Grenzkodex zu prüfen. Nach Ansicht des Bundesrates handelt es sich bei den Überwachungsmassnahmen nicht um systematische Personenkontrollen, sondern um Massnahmen zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität. Diese Massnahmen verstossen nicht gegen den Schengener Grenzkodex, schreibt der Bundesrat. Er stützt sich in seiner Antwort auf Analysen des Bundesamts für Justiz und der Eidgenössischen Zollverwaltung.

Impressum

nd-ticker: ISSN 1663-8158
Aspekte der Nachrichtendienstlichen Lage

Herausgeberin
Presdok AG, Mimosenstrasse 5, 8057 Zürich
Tel. 044 312 10 50, presdok@presdok.ch
http://www.presdok.ch

Verantwortlicher Redaktor
Hans-Ulrich Helfer
helfer@presdok.ch

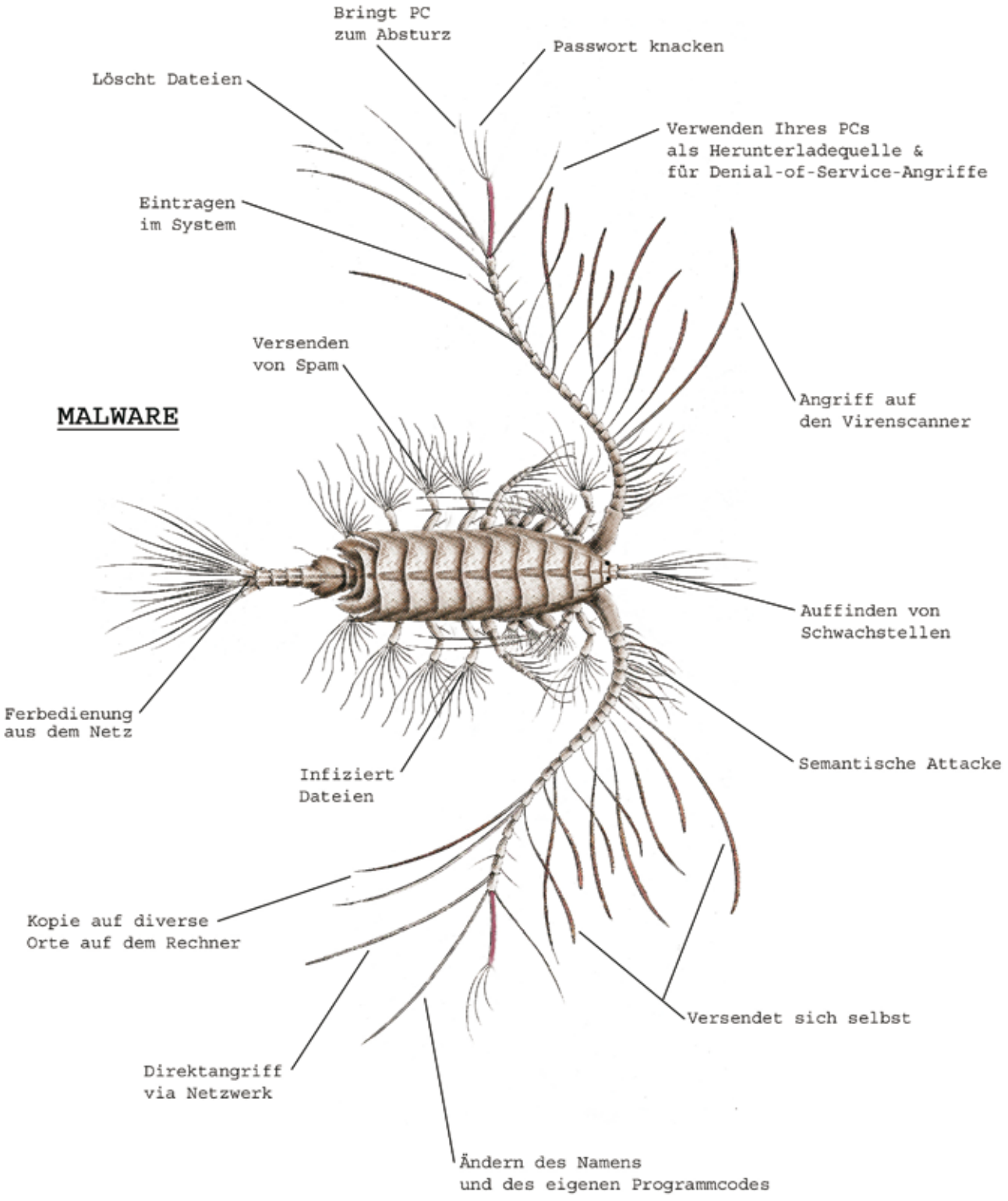
Layout, Satz, PR-Beiträge, Anzeigen
Ascan Helfer
presdok@presdok.ch, 044 312 10 50

Erscheinungsweise
www.nd-ticker.ch
Mindestens sechsmal pro Jahr als
Print- und / oder Online-Ausgabe.

Bezug
Normal-Abonnement Fr. 100.-- pro Jahr
Gönner-Abonnement Fr. 500.-- pro Jahr
Postcheckkonto: 80-9017-3: Vermerk nd-ticker

Druck
Schneider Druck AG, 8032 Zürich

Copyright
Alle Rechte vorbehalten.



Wissen, wie sie funktionieren

www.internetsicherheit.ch